

58. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Frühlingssession 2026



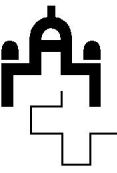
-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

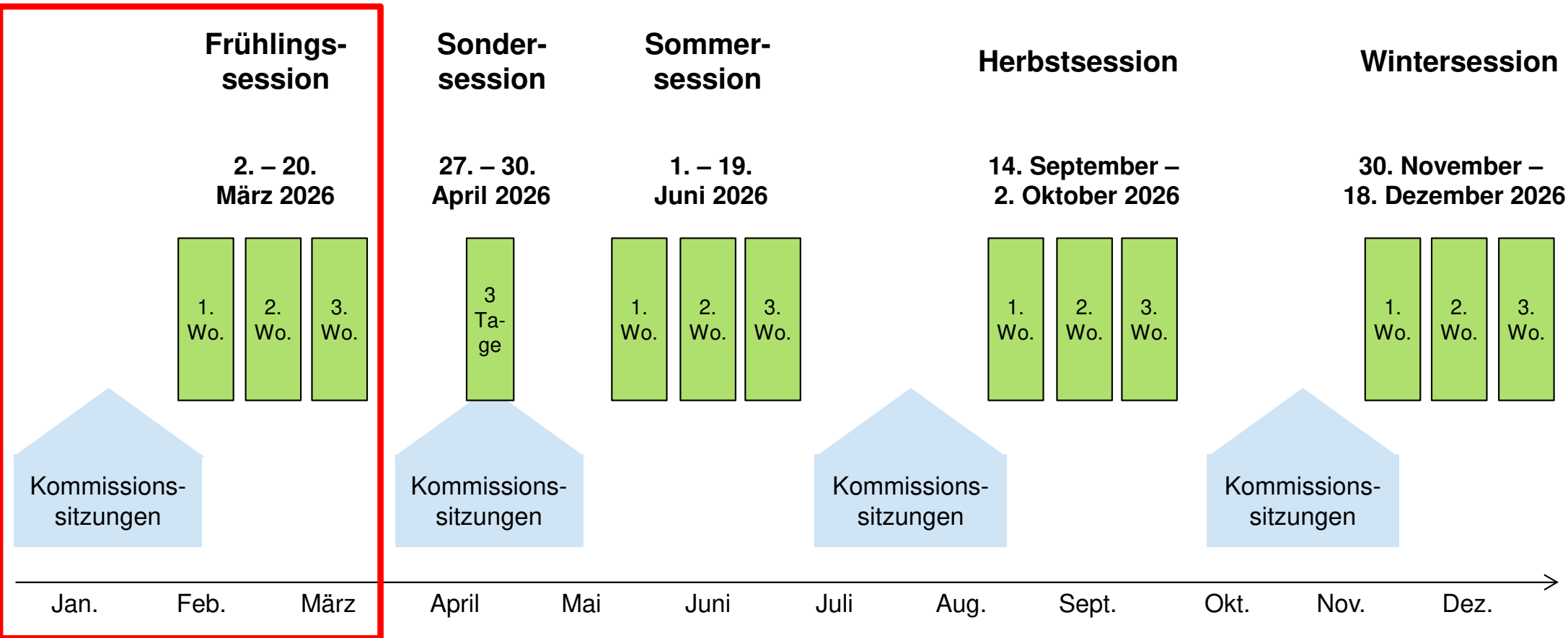
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session


3. Besuch im Bundeshaus

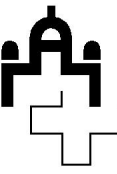
4. Aktualitäten



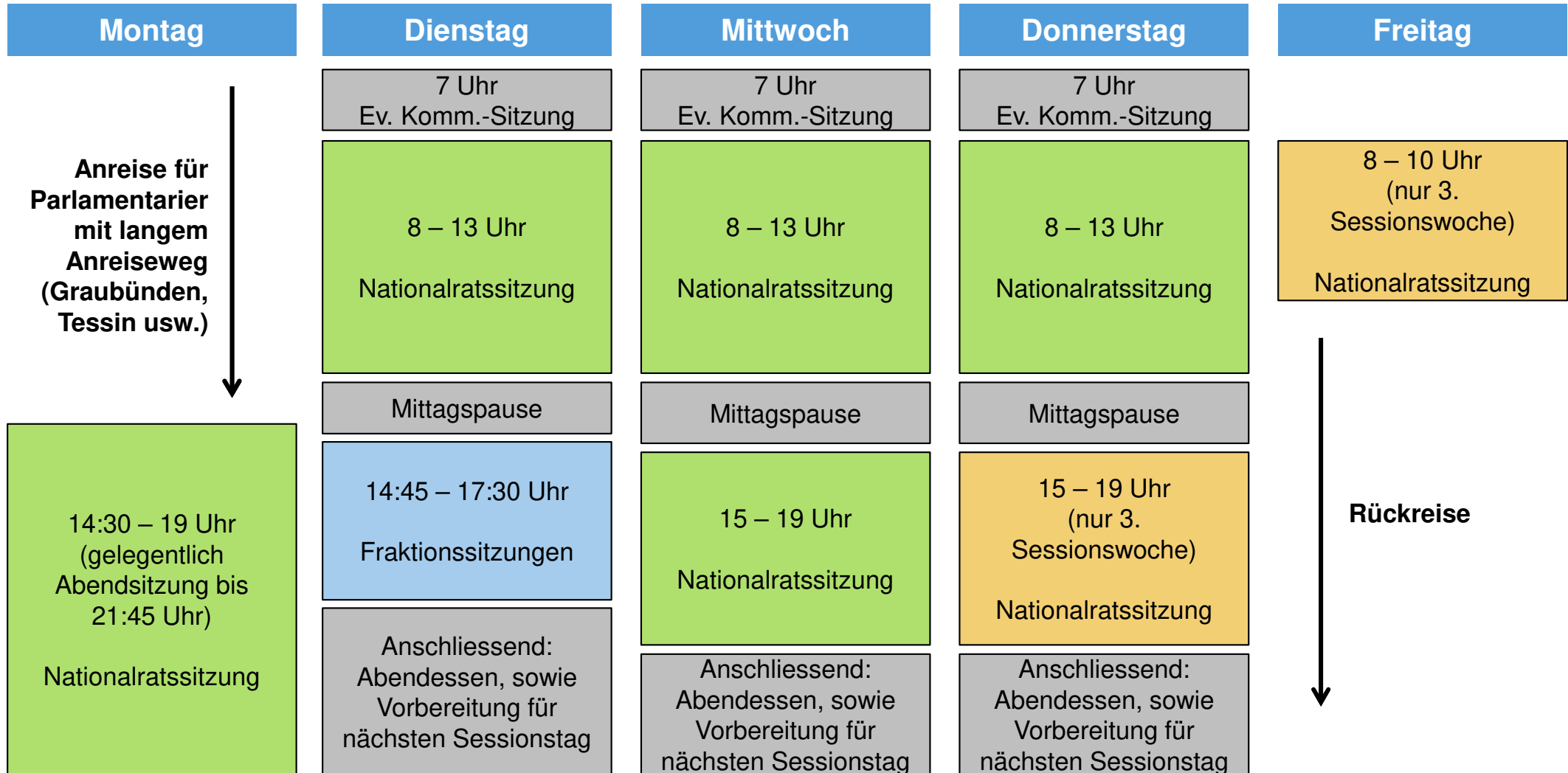
In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Frühlingsession und andere wichtige politische Entwicklungen



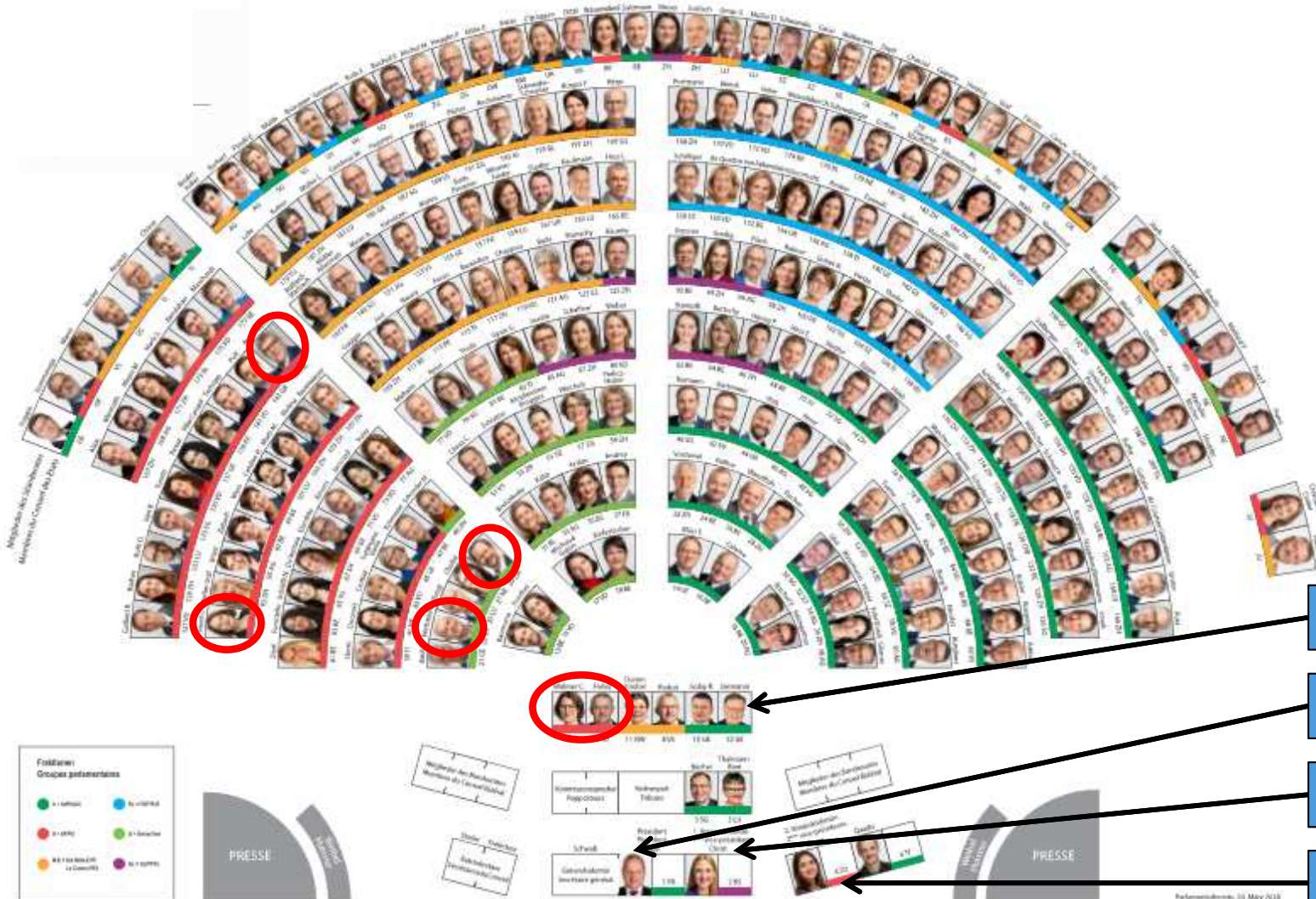
 **Zusätzlich zu den Sessionsen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.**



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen



Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der SVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die GLP und die SP



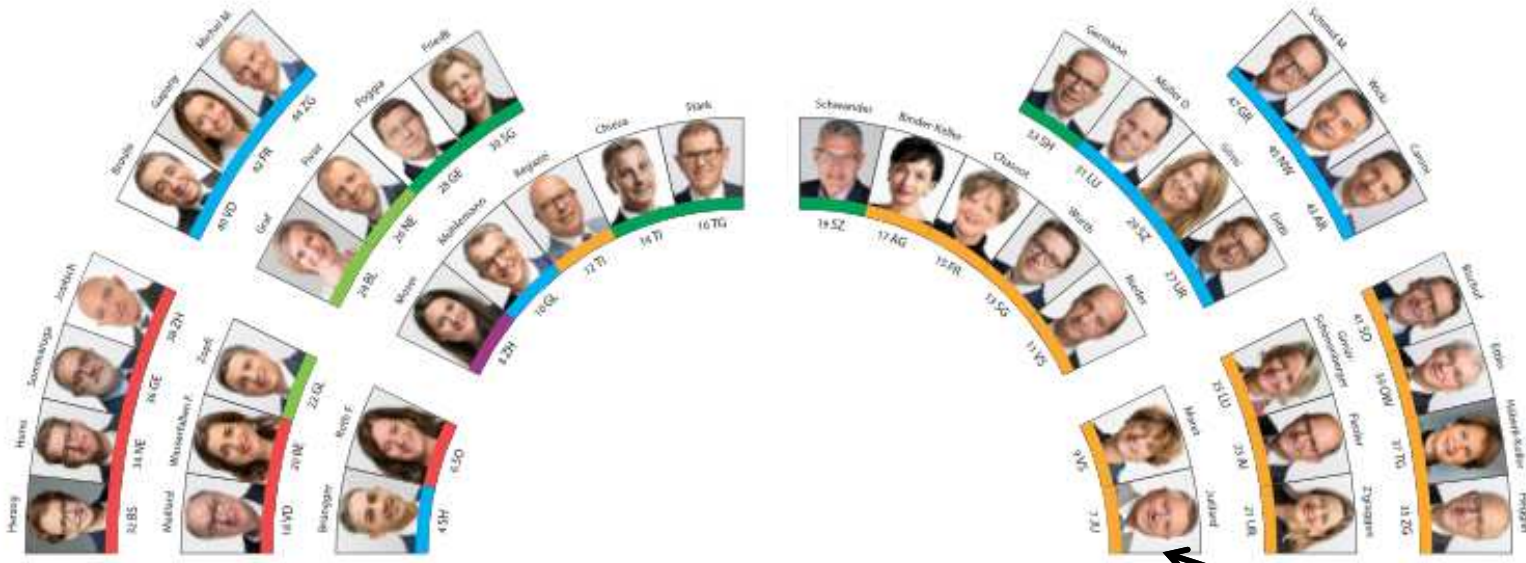
SVP:	67
SP:	41
Die Mitte:	31
FDP:	28
Grüne:	23
GLP:	10

Rücktritte per Ende Session

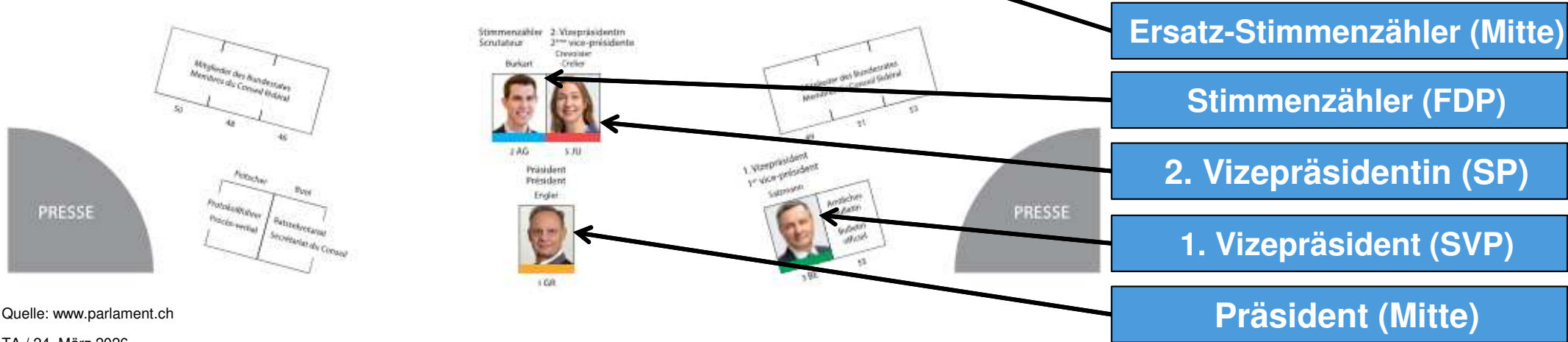
- 8 Stimmzähler**
- Präsident (SVP)**
- 1. Vizepräsidentin (GLP)**
- 2. Vizepräsidentin (SP)**

Quelle: www.parlament.ch

Der Ständerat wird durch einen Vertreter der Mitte präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SVP und die SP



Die Mitte:	15
FDP:	12
SP:	8
SVP:	7
Grüne:	3
GLP:	1

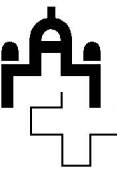


1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

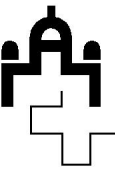
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Session und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 EU-Unterwerfungsvertrag / Paket Schweiz-EU (26.023)
- 2 Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (25.026)
- 3 Neutralitätsinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität» (24.092)
- 4 Indirekter Gegenvorschlag zur «Blackout-Initiative» (25.068)
- 5 Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt, EP 27 (25.063)
- 6 Finanzierung der 13. AHV-Rente (24.073)
- 7 Zwingende Nationalitätennennung von Straftätern (24.463)
- 8 Diverse weitere Geschäfte



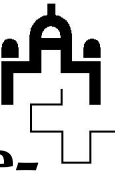
Am Freitag, 13. März 2026 wurde der EU-Unterwerfungsvertrag ans Parlament überwiesen: Jetzt beginnt die parl. Beratung

Bundesbeschluss	Kommission	Teilzuweisung	Teile des BB1	Inhalt	Mitbericht+	Behandlungsfrist
BB 1 Stabilisierung	APK (federführend)	Detailberatung (nur Annahme/Ablehnung)	Art. 1	Annahme/Ablehnung Abkommen		HS 2026
			Art. 1 Bst. a, b	Protokolle zum PFZA		
			Art. 1 Bst. c, d	Protokolle zum MRA		
			Art. 1 Bst. e-g	Protokolle zum Landverkehrsabkommen		
			Art. 1 Bst. h-i	Protokolle zum Luftverkehrsabkommen		
			Art. 1 Bst. k	Änderungsprotokoll zum Landwirtschaftsabkommen		
			Art. 1 Bst. l	Abkommen über Teilnahme an EU-Programmen	WBK	
			Art. 1 Bst. m	Abkommen über die Beteiligung an der EUSPA	WBK	
			Art. 1 Bst. n	Abkommen zum Schweizer Kohäsionsbeitrag		
			Art. 3 Abs. 2-4	Inkrafttreten		
	Detailberatung	Anhang 3 : KoBG	Neues Gesetz Kohäsionsbeitrag			
		Art. 3 Abs. 2-4	Inkrafttreten			
	Gesamtabstimmung	Alles				
	WAK	Detailberatung	Anhang 1: BHÜG + Anh. BGG, VGG, KG, LFG, PüG	Neues Gesetz staatliche Beihilfe + andere Erlasse	APK	HS 2026
			Anhang 5: EntsG + Anh. BôB, OR, AVEG, SchKG	Gesetzesänderungen Lohnschutz + andere Erlasse		
	WBK	Detailberatung	Anhang 2: BGVB + Anh. MedBG, GesBG, BGMD, PsyG	Neues Gesetz Anerkennung Berufsqualifikationen + andere Erlasse		HS 2026
			Anhang 6: 1. ETH-Gesetz, 2. HFKG, 6. BGMD	Änderungen andere Erlasse im Zuständigkeitsbereich WBK		
	KVF	Detailberatung	Anhang 6: 3. EBG, 4. PBG, 5. LFG	Änderungen andere Erlasse im Zuständigkeitsbereich KVF		HS 2026
	SPK	Detailberatung	Anhang 4: AIG + Anh. ZGB, AVG, BVG, FZG	Gesetzesänderungen Zuwanderung PFZ	APK	HS 2026
Art. 3 Abs. 1			Referendumsfrage			
APK	Detailberatung	Anhang 6: ParlG	Berichterstattung über die Funktionsweise der institutionellen Elemente des Pakets Schweiz-EU (Monitoring) im Rahmen des Berichts des Bundesrates über die Beziehungen zur EU	SPK	HS 2026	
APK	Detailberatung	Anhang 6: ParlG	Mitwirkung des Parlaments bei der dynamischen Rechtsübernahme sowie im Rahmen des Streitbeilegungsverfahrens	SPK	HS 2026	
SPK	Detailberatung	Anhang 6: BGMK	Mitwirkung der Kantone bei der dynamischen Rechtsübernahme		HS 2026	
SPK	Detailberatung	Anhang 6: RVOG	Regierungs- und Verwaltungsorganisation im Zusammenhang mit der Mitwirkung von Parlament und Kantonen bei den institutionellen Elementen		HS 2026	
BB 5 Parlamentarische Zusammenarbeit	APK	Gesamte Vorberatung		Parlamentarische Zusammenarbeit		HS 2026
BB 6, 7, 8 Verpflichtungskredite Kohäsion	APK	Gesamte Vorberatung		Verpflichtungskredite Kohäsion		HS 2026
BB 9 Verpflichtungskredit Erasmus+	WBK	Gesamte Vorberatung		Verpflichtungskredite Erasmus+		HS 2026

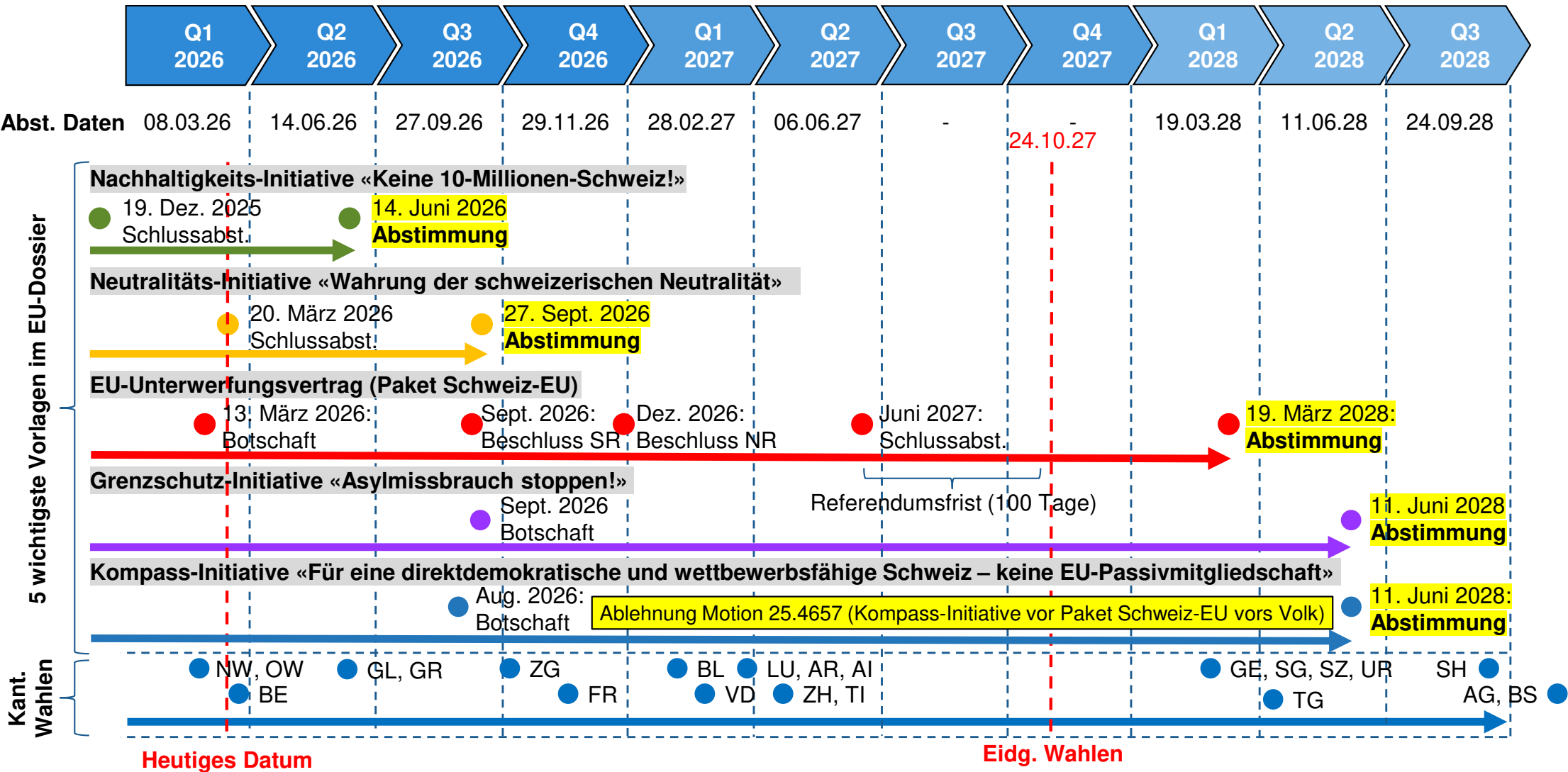


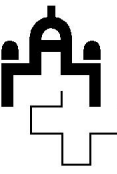
- Morgen Mittwoch, 25. März 2026 findet die erste Anhörungsrunde in der ausserpolitischen Kommission des Ständerates statt.
- Weitere Kommissionsanhörungen folgen.
- Es ist geplant, dass der Ständerat in der Herbstsession 2026 über den EU-Unterwerfungsvertrag befindet.

Bundesbeschluss	Kommission	Zuständigkeit	Teile des jeweiligen BB	Inhalt	Behandlungsfrist
BB 2 Weiterentwicklung Elektrizität	UREK	Gesamte Vorberatung	Art. 1-3: Abkommen, Umsetzung, Referendum und Inkrafttreten	Neues Binnenmarktabkommen: Stromabkommen	HS 2026
			Anhang: 1. EnG, 2. StromVG, 3. BATE	Gesetzesänderungen Stromabkommen	
BB 3 Weiterentwicklung Lebensmittelsicherheit	WBK	Gesamte Vorberatung	Art. 1-3: Abkommen, Umsetzung, Referendum und Inkrafttreten	Neues Binnenmarktabkommen: Lebensmittelsicherheit (=Zusatzprotokoll zum Landwirtschaftsabkommen)	HS 2026
			Anhang 1: LMG Anhang 2: 1. TSchG, 2. LwG, 3. TSG, 4. WaG	Gesetzesänderungen Lebensmittelsicherheit	
BB 4 Weiterentwicklung Gesundheit	SGK	Gesamte Vorberatung	Art. 1-2: Abkommen, Referendum und Inkrafttreten	Neues Kooperationsabkommen im Gesundheitsbereich	HS 2026



Die anderen Parteien wollen den EU-Unterwerfungsvertrag unbedingt noch vor den eidgenössischen Wahlen an die Urne bringen

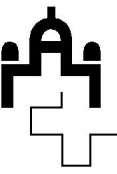




14. Juni 2026: Wer die Schweiz liebt, sagt Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»



Die Schweiz hat Ende 2025 rund 9.1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Die ständige Wohnbevölkerung hat innerhalb von 12 Jahren um 1 Million Menschen zugenommen. Diese masslose Zuwanderung muss gebremst werden. Dafür braucht es **am 14. Juni ein Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»**.



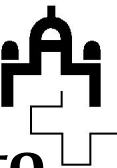
Der Bundesrat versprach netto 8'000 bis 10'000 Migranten pro Jahr. Gekommen sind 80'000 bis 100'000!



«Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste des Referendums-komitees, die Einwanderung aus EU-Staaten werde stark zunehmen, nicht begründet. In Wirklichkeit sind die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU gering.»

Abstimmungsbüchlein vom 21. Mai 2000

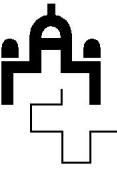
«Plausibilitätsüberlegungen lassen eine Obergrenze des Einwanderungspotentials von (netto) 10'000 EU-Angehörigen vermuten. Eine höhere Wahrscheinlichkeit hat jedoch die Erwartung, dass das Einwanderungspotential (netto) weniger als 8'000 EU-Angehörige pro Jahr erreichen dürfte.»⁷



Seit Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto mehr als 2,2 Millionen Personen in die Schweiz eingewandert



Die masslose Zuwanderung seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 zeigt sich auch in der starken Zunahme der ständigen Wohnbevölkerung. **Diese hat in den letzten 24 Jahren gemäss Bundesamt für Statistik von 7,25 Millionen um 1,9 Millionen auf 9,14 Millionen Ende 2025 zugenommen.** Zur nicht ständigen ausländischen Wohnbevölkerung zählen Personen im Asylprozess (Ausweise N, S und F) mit unter 12 Monaten Anwesenheitsdauer sowie Personen mit Kurzaufenthaltsbewilligung von unter 12 Monaten wie beispielsweise Studenten.



«Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.»

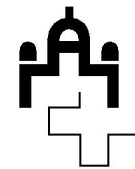
- Dreimal hat der Ständerat beschlossen, die Neutralität auf Verfassungsstufe zu verankern. Letztmals mit der schlanken Formulierung: „Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.“
- Dreimal hat die Mehrheit des Nationalrats die Festschreibung der Neutralität auf Verfassungsebene abgelehnt.
- In der Einigungskonferenz, bestehend aus 13 Ständeräten und 13 Nationalräten, wird in einem knappen Entscheid die Verankerung der Neutralität auf Verfassungsebene abgelehnt.
- Somit entscheidet voraussichtlich am 27. September 2026 das Schweizer Volk an der Urne über diese Frage.

Text der Neutralitätsinitiative

Art. 54a Schweizerische Neutralität

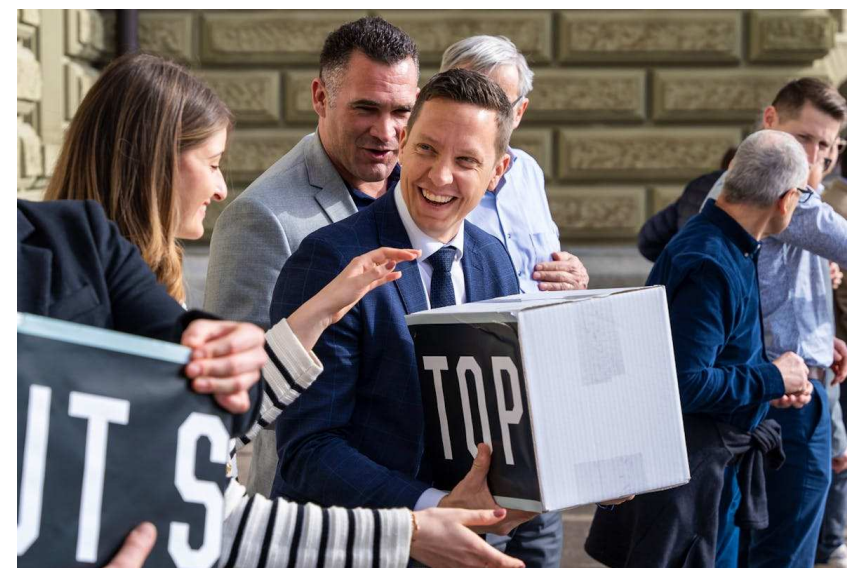
- 1) *Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.*
- 2) *Die Schweiz tritt keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis bei. Vorbehalten ist eine Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen für den Fall eines direkten militärischen Angriffs auf die Schweiz oder für den Fall von Handlungen zur Vorbereitung eines solchen Angriffs.*
- 3) *Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft auch keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflichtungen gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) sowie Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen anderer Staaten.*
- 4) *Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.*

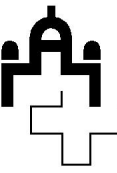




Bundesrat und Ständerat wollen das seit 2017 geltende Neubauverbot für Kernkraftwerke wieder aus dem Gesetz streichen

- Der Ständerat hat mit 26 zu 12 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) beschlossen, das seit 2017 geltende Neubauverbot für Kernkraftwerke aus dem Gesetz zu streichen. Damit folgt der Ständerat den Bundesrat mit seinem indirekten Gegenvorschlag zur «Blackout-Initiative». Die SVP begrüsst den Entscheid des Ständerats ausdrücklich. Die Partei unterstützt sowohl die Volksinitiative als auch den indirekten Gegenvorschlag mit dem Argument, dass die Schweiz für die Zukunft eine sichere, bezahlbare und möglichst unabhängige Stromversorgung benötigt.
- Die eigentliche Volksinitiative lehnt der Ständerat ab. Diese fordert, dass die Schweiz bei der Stromproduktion wieder auf alle verfügbaren Technologien setzen darf (Technologieoffenheit) – also auch auf Kernenergie.
- Mit diesem Beschluss steht die rechtliche Möglichkeit, Kernkraft als Option für eine sichere und langfristige Stromversorgung zu nutzen, wieder offen.
- Als Nächstes muss der Nationalrat über das Geschäft beraten.

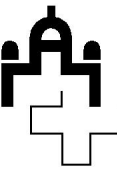




Das Entlastungspaket 27 reduziert die Bundesausgaben um 1,4 bis 2 Milliarden Franken – teilweise zulasten der Kantone

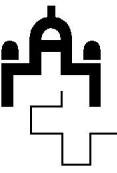
Diese Entscheide haben die Räte zum Entlastungspaket 27 gefällt

- AUSLANDSHILFE: Der Bundesrat will die Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit (IZA) bis 2030 einfrieren. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 1)
- AUSSENDEPARTEMENT: Der Bundesrat wollte die Ausgaben im Eigen- und Transferbereich des Aussendepartements (EDA) kürzen. Der Nationalrat wollte auf eine Kürzung bei Auslandschweizerbeziehungen verzichten. Der Ständerat ist ihm schliesslich gefolgt. (Massnahme 2)
- INTERNATIONALES GENF: Der Bundesrat wollte den Beitrag für das Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Museum in Genf reduzieren. Das Parlament hat einer tieferen Kürzung zugestimmt. (Massnahme 3)
- GENF: Der Bundesrat will auf die Abgeltung an die diplomatische Gruppe der Genfer Polizei verzichten. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 4)
- FLUGHAFENPOLIZEI: Der Bundesrat will die Mittel für die Entschädigung polizeilicher Massnahmen des Zolls an Flughäfen kürzen. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 5)
- ETH: Der Bundesrat wollte den Finanzierungsbeitrag an den ETH-Bereich kürzen. Das Parlament hat einer tieferen Kürzung zugestimmt. (Massnahme 6)
- FORSCHUNG: Der Bundesrat wollte den Bundesbeitrag für den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) kürzen. Das Parlament hat einer tieferen Kürzung zugestimmt. (Massnahme 7)
- RESSORTFORSCHUNG: Der Bundesrat will die Mittel für die Ressortforschung in diversen Bundesämtern kürzen. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 8)
- AUSLANDSCHWEIZER: Der Bundesrat wollte die Beiträge für Pro Helvetia, für die Baukultur und für die Auslandschweizer-Ausbildung kürzen. Der Nationalrat war zunächst damit einverstanden. Der Ständerat wollte bei der Auslandschweizer-Ausbildung weniger kürzen. Der Nationalrat ist ihm schliesslich gefolgt. (Massnahme 9)
- SPORTFÖRDERUNG: Der Bundesrat wollte die Finanzhilfen für Sportverbände, internationale Sportanlässe und nationale Sportanlagen kürzen. Das Parlament hat dies abgelehnt. (Verzicht auf Massnahme 10)
- INNENDEPARTEMENT: Der Bundesrat wollte auf die Beiträge für die ausserschulische Kinder- und Jugendförderung verzichten. Der Ständerat wollte diese Mittel beibehalten, sie aber im gleichen Umfang anderweitig im Innendepartement kompensieren. Der Nationalrat ist ihm schliesslich gefolgt. (Massnahme 11)
- STRASSEN: Der Bundesrat will die Beiträge für Hauptstrassen unter anderem in Berggebieten und Randregionen kürzen. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 12)
- NATIONALSTRASSEN: Der Bundesrat will die Einlagen in den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) kürzen. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 13)



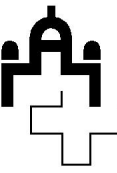
Ausgabenreduktionen bei Schweiz Tourismus oder beim Auslandsangebot der SRG wurden abgeschwächt resp. abgelehnt

- REGIONALVERKEHR: Der Bundesrat wollte die Mittel für den regionalen Personenverkehr kürzen. Der Nationalrat lehnte dies zunächst ganz ab. Der Ständerat schlug als Kompromiss eine Halbierung der Kürzung vor. Der Nationalrat wollte noch etwas weniger kürzen. Der Ständerat ist ihm schliesslich gefolgt. (Massnahme 14)
- UMWELT: Der Bundesrat wollte die Mittel für den Naturgefahren- und Lärmschutz, Natur und Landschaft, Revitalisierung und Wald um zehn Prozent kürzen. Der Nationalrat wollte zunächst ganz auf diese Kürzung verzichten. Der Ständerat schlug als Kompromiss eine Halbierung der Kürzung vor. Der Nationalrat wollte noch etwas weniger kürzen. Der Ständerat ist ihm schliesslich gefolgt. (Massnahme 15)
- LANDWIRTSCHAFT: Der Bundesrat wollte die Qualitäts- und Absatzförderung für Schweizer Käse, Wein und weitere Produkte kürzen. Der Nationalrat wollte eine Reduktion der Kürzung um ein Drittel. Der Ständerat wollte eine Reduktion der Kürzung um zwei Drittel. Der Nationalrat ist ihm schliesslich gefolgt. (Massnahme 16)
- TOURISMUS: Der Bundesrat wollte die Finanzhilfen für Schweiz Tourismus zur Bewerbung von Reisen kürzen. Der Nationalrat wollte eine Halbierung der Kürzung. Der Ständerat ist ihm schliesslich gefolgt. (Massnahme 17)
- TOURISMUS: Der Bundesrat wollte die Finanzhilfen für Innotour zur Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus kürzen. Das Parlament hat einer tieferen Kürzung zugestimmt. (Massnahme 18)
- PRODUKTESICHERHEIT: Der Bundesrat will den Bundesbeitrag an die Prüfkosten für die Produktesicherheit kürzen. Das Parlament ist damit einverstanden (Massnahme 19)
- UMWELT: Der Bundesrat will Mittel für Programme von Energie Schweiz kürzen. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 20)
- WELTRAUM: Der Bundesrat will die freiwilligen Beiträge an die Europäische Weltraumorganisation (ESA) und an weitere Organisationen ausserhalb der internationalen Zusammenarbeit kürzen. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 21)
- BUNDESPERSONAL: Der Bundesrat will Mittel kürzen bei den Löhnen und Anstellungsbedingungen des Bundespersonals sowie einen Stellenabbau vornehmen. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 22)
- DIGITALISIERUNG: Der Bundesrat will auf eine Anschubfinanzierung für Digitalisierungsprojekte von hohem öffentlichem Interesse verzichten. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 23)
- MEDIEN: Der Bundesrat wollte die Kosten für das publizistische Auslandsangebot der SRG streichen. Das Parlament hat dies abgelehnt. (Verzicht auf Massnahme 24)
- ZIVILDIENTST: Der Bundesrat will die Bundesgelder für Einsatzbetriebe von Zivildienstpflichtigen streichen. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 25)



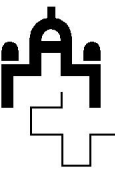
Auch bei den Studiengebühren und den Hochschulen ging das Parlament nicht so weit wie vom Bundesrat beantragt

- **STUDIENGEBÜHREN:** Der Bundesrat wollte die Bundesgelder an die Nutzerkosten von kantonalen Universitäten und Fachhochschulen reduzieren. Den Ausfall sollen die kantonalen Hochschulen mit höheren Studiengebühren kompensieren. Das Parlament hat einer tieferen Kürzung zugestimmt. (Massnahme 26)
- **HOCHSCHULEN:** Der Bundesrat wollte die Bundesgelder für projektgebundene Beiträge an die Hochschulen mehrheitlich streichen. Der Nationalrat wollte die Erhöhung der Ausbildungsplätze für Mediziner davon ausnehmen. Der Ständerat ist ihm schliesslich gefolgt. (Massnahme 27)
- **FORSCHUNGSFÖRDERUNG:** Der Bundesrat wollte die Mittel für Innosuisse für Projekte zur Förderung von hochqualifizierten Arbeitskräften kürzen. Das Parlament hat einer tieferen Kürzung zugestimmt. (Massnahme 28)
- **WEITERBILDUNG:** Der Bundesrat wollte die Bundesgelder an die Kantone zur Förderung der Grundkompetenzen streichen. Der Nationalrat wollte zunächst keine Kürzung. Der Ständerat schlug als Kompromiss eine Halbierung der Kürzung vor. Der Nationalrat wollte noch etwas weniger kürzen. Der Ständerat ist ihm schliesslich gefolgt. (Massnahme 29)
- **BERUFSBILDUNG:** Der Bundesrat will Bundesbeiträge für Innovationen und Projekte in der Berufsbildung reduzieren. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 30)
- **SCHULEN:** Der Bundesrat will künftig auf die Unterstützung der kantonalen französischsprachigen Schulen in Bern verzichten. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 31)
- **STRAFVOLLZUG:** Der Bundesrat will die Bundesbeteiligung an Leistungen für den kantonalen Straf- und Massnahmenvollzug reduzieren. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 32)
- **MEDIEN:** Der Bundesrat wollte die indirekte Presseförderung für die Tageszustellung für Verlage der Mitgliedschafts- und Stiftungspreise streichen. Das Parlament hat dies abgelehnt. (Verzicht auf Massnahme 33)
- **MEDIEN:** Der Bundesrat will die Bundesgelder für die Aus- und Weiterbildung von Programmschaffenden im Medienbereich streichen. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 34)
- **BERGREGIONEN:** Der Bundesrat will die Bundesgelder für die Verbreitung von Radioprogrammen in Bergregionen streichen. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 35)
- **LANDWIRTSCHAFT:** Der Bundesrat wollte die Beiträge zur Entsorgung tierischer Nebenprodukte streichen. Das Parlament hat dies abgelehnt. (Verzicht auf Massnahme 36)
- **MIGRATION:** Der Bundesrat will den Bundesbeitrag für die Sozialhilfekosten der Kantone von vorläufig Aufgenommenen und Schutzsuchenden reduzieren. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 37)
- **OPFERHILFE:** Der Bundesrat wollte Finanzhilfen zur Förderung der Fachausbildung des Personals von Opferhilfestellen streichen. Der Nationalrat wollte auf die Kürzung verzichten. Der Ständerat ist ihm schliesslich gefolgt. (Verzicht auf Massnahme 38)



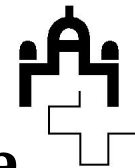
Auch die Streichung der Beiträge ans kantonale Gebäudeprogramm zum Ersatz von Ölheizungen scheiterte in den Räten

- **BAHNINFRASTRUKTUR:** Der Bundesrat wollte die Einlagen in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) kürzen. Das Parlament hat einer tieferen Kürzung zugestimmt. (Massnahme 39)
- **BAHN:** Der Bundesrat will die Bundesgelder für die Förderung des grenzüberschreitenden Personenfernverkehrs auf der Schiene streichen. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 40)
- **ANTRIEBSSYSTEME:** Der Bundesrat wollte die Bundesgelder für alternative Antriebssysteme für Busse und Schiffe kürzen. Das Parlament hat einer tieferen Kürzung zugestimmt. (Massnahme 41)
- **STRASSENVERKEHR:** Der Bundesrat will die Bundesgelder für Projekte für automatisiertes Fahren streichen. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 42)
- **STRASSEN:** Der Bundesrat will die Mittel aus der Mineralölsteuer und weiteren zweckgebundenen Mitteln für den Bau und Unterhalt von Strassen kürzen. Das Parlament ist damit einverstanden. (Massnahme 43)
- **REGIONALFLUGHÄFEN:** Der Bundesrat wollte die Bundesgelder für die An- und Abflugsicherungsdienste auf schweizerischen Regionalflughäfen streichen. Das Parlament hat dies abgelehnt. (Verzicht auf Massnahme 44)
- **UMWELT:** Der Bundesrat wollte die Bundesgelder für technische Pilot- und Demonstrationsanlagen im Interesse des Gewässerschutzes kürzen. Das Parlament hat einer tieferen Kürzung zugestimmt. (Massnahme 45)
- **LANDSCHAFT:** Der Bundesrat wollte auf weitere Einlagen in den Fonds Landschaft Schweiz verzichten. Der Nationalrat wollte eine Halbierung der Kürzung. Der Ständerat ist ihm schliesslich gefolgt. (Massnahme 46)
- **UMWELTBILDUNG:** Der Bundesrat wollte die Förderbeiträge für die Aus- und Weiterbildung von Fachleuten im Umwelt- und Landwirtschaftsbereich kürzen. Das Parlament hat einer tieferen Kürzung zugestimmt. (Massnahme 47)
- **LANDWIRTSCHAFT:** Der Bundesrat wollte auf finanzielle Beihilfen für die Viehwirtschaft verzichten. Das Parlament hat dies abgelehnt. (Verzicht auf Massnahme 48)
- **LANDWIRTSCHAFT:** Der Bundesrat wollte auf finanzielle Beihilfen für die Obstverwertung verzichten. Das Parlament hat dies abgelehnt. (Verzicht auf Massnahme 49)
- **LANDWIRTSCHAFT:** Der Bundesrat wollte mit einer erhöhten Versteigerung der Importkontingente in der Landwirtschaft zusätzliche Einnahmen generieren. Das Parlament hat dies abgelehnt. (Verzicht auf Massnahme 50)
- **LANDWIRTSCHAFT:** Der Bundesrat wollte die Landschaftsqualitätsbeiträge in der Landwirtschaft um die Hälfte kürzen. Das Parlament hat dies abgelehnt. (Verzicht auf Massnahme 51)
- **GEBÄUDEPROGRAMM:** Der Bundesrat wollte das kantonale Gebäudeprogramm, mit dem der Ersatz von mit fossilen Brennstoffen betriebenen Heizungen unterstützt wird, streichen. Das Parlament will es fortsetzen, aber reduzieren. (Massnahme 52)



Auch den Verzicht auf weitere Einlagen in den Fonds für Regionalentwicklung lehnte das Parlament ab

- PILOTANLAGEN: Der Bundesrat wollte die Bundesgelder für Pilot- und Demonstrationsanlagen neuer Energietechnologien streichen. Der Nationalrat wollte zunächst einen Kahlschlag vermeiden und die Mittel nur halbieren. Der Ständerat wollte die Mittel streichen. Der Nationalrat ist ihm schliesslich gefolgt. (Massnahme 53)
- REGIONALPOLITIK: Der Bundesrat wollte auf weitere Einlagen in den Fonds für Regionalentwicklung verzichten. Das Parlament will die Einlage nur kürzen. (Massnahme 54)
- FINANZAUSGLEICH: Der Bundesrat wollte beim soziodemografischen Lastenausgleich kürzen. Das Parlament hat dies abgelehnt. (Verzicht auf Massnahme 55)
- KAPITALSTEUERN: Der Bundesrat wollte mit einer höheren Besteuerung von Kapitalbezügen aus der zweiten und dritten Säule Einnahmen generieren. Das Parlament hat dies abgelehnt. (Verzicht auf Massnahme 56)
- UMWELTDEPARTEMENT: Der Ständerat wollte dem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) Kredite für internationale Kommissionen und Organisationen kürzen. Der Nationalrat wollte nur die Hälfte dieser Kürzung. Der Ständerat ist ihm schliesslich gefolgt. (neue Massnahme)
- INNENDEPARTEMENT: Das Parlament will dem Innendepartement freiwillige Beiträge an internationale Organisationen streichen. (neue Massnahme)
- INNENDEPARTEMENT: Das Parlament will beim Innendepartement (EDI) sparen. Laufende Ausgaben sollen priorisiert werden. (neue Massnahme)



Mitte, SP und Grüne wollen, dass der arbeitende Mittelstand die 13. AHV-Rente finanziert. Im Sommer entscheidet der Nationalrat.

Mediencommuniqué der SP Schweiz
19. März 2026

Für die 13. AHV-Rente sollen vor allem die Jüngeren zahlen

Der Ständerat beschliesst dauerhaft höhere Abgaben von 3 Milliarden Franken im Jahr

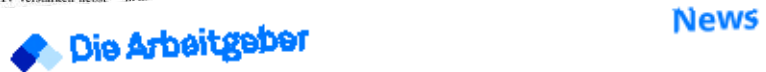
FABIAN SCHÄFER, BERN
Es ist eine gesalzene Rechnung, die der Ständerat der Bevölkerung präsentieren will. Am Donnerstag hat er zum zweiten Mal über die Finanzierung der 13. AHV-Rente diskutiert, die das Stimmvolk vor zwei Jahren beschlossen hat. Durchgesetzt hat sich erneut eine Mehrheit um die SP und die Mitte-Partei. Ihr Vorschlag: Per 2028 sollen gleichzeitig die Mehrwertsteuer und die monatlichen Lohnbeiträge erhöht werden, die Steuer um 0,4 und die Beiträge um 0,3 Prozentpunkte. Insgesamt würde dies der AHV mittelfristig Mehreinnahmen von 3,2 Milliarden Franken im Jahr beschermen.
Was dies für die Bevölkerung bedeuten würde, zeigt eine einfache Überschlagsrechnung. Erwerbstätige müssen im Durchschnitt rund 520 Franken pro Kopf und Jahr mehr bezahlen. Bei den Pensionierten sind es 220 Franken. Sie sind im Gegensatz zu den jüngeren Generationen von der Erhöhung der Lohnbeiträge nicht betroffen. Somit müssen sie nur via Mehrwertsteuer einen Beitrag an die Kosten der 13. AHV-Rente leisten. Unter dem Strich werden sie so oder so profitieren, weil die zusätzliche Monatsrente, die sie erhalten, mit durchschnittlich 1900 Franken deutlich stärker ins Gewicht fällt.
Erneut Anstieg der Lohnbeiträge
Heftig umstritten ist die Erhöhung der Lohnbeiträge, die sich vor allem in personalintensiven Bereichen der Wirtschaft wie dem Gewerbe stark auswirken würde. Gemäss Gesetz werden die Lohnbeiträge

zwar je hälftig von Angestellten und Arbeitgebern finanziert. Faktisch trifft eine Erhöhung laut Ökonomen aber primär die Arbeitnehmer, vor allem weil sie die Lohnentwicklung bremst.
Das schreckt die Linke aber nicht ab. Aus einem einfachen Grund: Weil die Lohnbeiträge in Prozent des Einkommens definiert sind, sind Spitzenverdiener bei einer Erhöhung deutlich stärker betroffen als Personen mit tiefen Löhnen. Mit anderen Worten: Höhere Lohnbeiträge für die AHV verstärken nebst der Umverteilung jene von Reich zu Arm.
Parteiliche SP und Grüne bezeichnen die Erhöhung als «höheren SVP-FI eine Verteuerung». Die Mitte beworben hat den Ausschlag für SP und Grünen die Erhöhung der Lohnbeiträge nicht betroffen. Somit müssen sie nur via Mehrwertsteuer einen Beitrag an die Kosten der 13. AHV-Rente leisten. Unter dem Strich werden sie so oder so profitieren, weil die zusätzliche Monatsrente, die sie erhalten, mit durchschnittlich 1900 Franken deutlich stärker ins Gewicht fällt.
Die Linke ko einen weiteren. Für den Fall, dass in finanzielle einmal eine Zusage dieses Maß aber den jüngeren die Reserven des stimmte Schwellt die Politik nicht r findet, will Mittebeiträge automi angehoben werde

Die zweite Erhöhung soll ebenfalls 0,3 Prozentpunkte über 1,6 Milliarden Franken im Jahr ausmachen. Alles in allem betrage die Mehrbelastung somit aus heutiger Sicht 4,8 Milliarden Franken im Jahr. Für die erwerbstätige Bevölkerung entspricht das gesamthaft Abgaben von rund 820 Franken pro Kopf und Jahr. So hat es der Ständerat dank Unterstützung der Mitte-Partei beschlossen. Das letzte Wort hätte das Volk, weil die Sätze der Mehrwertsteuer in der Vorberatung...

beschliesst, der mit der zweiten Erhöhung der Lohnbeiträge bezahlt werden könnte. Dennoch ist fraglich, ob es tatsächlich so weit kommt. Voraussichtlich im Juni wird der Nationalrat erneut über die Vorlage diskutieren. Dort dürfte der Plan des Ständerats auf grossen Widerstand stossen, weil die parteipolitische Konstellation anders ist: Die Mitte spannt zwar ebenfalls mit der Linke zusammen, das genügt aber ganz knapp nicht für eine Mehrheit.

präsentieren, um eine finanzielle Notlage zu verhindern. Ab 2030 würde das Sozialwerk gemäss dem Referenzszenario des Bundes jährliche Verluste von 1,5 bis 3 Milliarden Franken erleiden.
So unsicher die Zukunft ist, so sicher ist etwas anderes: Im kommenden Dezember werden die 2,6 Millionen Rentnerinnen und Rentner zum ersten Mal eine 13. AHV-Rente erhalten.
Meinung & Debatte



Zürich, 19. März 2026
Ständerat will 13. AHV-Rente auf dem Buckel der Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanzieren

Der Ständerat will die 13. AHV-Rente mit einer Erhöhung der Lohnbeiträge um 0,3 Prozentpunkte und der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte finanzieren. In der Frühjahrsession folgt er seiner vorbereitenden Kommission - und beizt damit einen Generationenkonflikt an. Aus Sicht des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV) sind die Kollateralschäden einer Lohnbeitragsenerhöhung enorm: Erwerbstätige haben Ende Monat weniger im Portemonnaie, zudem sind negative Effekte auf die Beschäftigung, das Arbeitsangebot und den Standort Schweiz zu erwarten. Der SAV erachtet dies als untragbar.

Zum Abschluss der Frühjahrsession bläst der Ständerat zum Angriff auf den Generationenvertrag: Er will die 13. AHV-Rente nebst einer dauerhaften Erhöhung der Mehrwertsteuer auch über höhere Lohnbeiträge finanzieren. Der pragmatischen Übergangslösung des Nationalrats hat er unverständlicherweise eine Absage erteilt. Mit einer befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre die Finanzierung kurzfristig sichergestellt und der Zeitraum bis zur nächsten Finanzierungsentscheidung verknüpft. Auch eine Minderheit der SGK-S hätte diese

13. AHV-Rente: Ständerat unterstützt sozial ausgewogenen Finanzierungskompromiss

Der Ständerat hat den Kompromiss aus der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-S) für eine langfristige Finanzierung der 13. AHV-Rente angenommen. Die SP Schweiz begrüsst diesen Entscheid und fordert vom Nationalrat sich diesem ebenfalls anzuschliessen, damit es mit der Finanzierung der 13. AHV-Rente möglichst schnell vorwärtsgeht.

Die SP Schweiz b Kompromiss zur Fir dauerhafte Leistun Nationalrat nicht ar 13. AHV-Rente Lebenshaltungskos entscheidend, das schafft Unsicherhe Ständerätin Flavia

Nach der klaren An gefordert, seine V ausgewogene Fina Kompromiss, dass wichtigen 13. AHV-Wasserfällen. Die E AHV ausgesproci umzusetzen. Die verlässliche, sozia einsetzen.



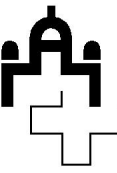
Medienmitteilung vom 19.03.2026

Entscheid des Ständerats **Ständerat kommt seiner Verantwortung zur Finanzierung der 13. AHV-Rente nach**

Der Ständerat ist heute der vorbereitenden Sozialkommission gefolgt und hat sich erneut dafür ausgesprochen, die 13. AHV-Rente mit einer Mischung aus Lohnbeiträgen und der Mehrwertsteuer dauerhaft zu finanzieren. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) unterstützt diese solide und sozial ausgewogene Finanzierung. Klar ist vor den Beratungen im Nationalrat: Wer die 13. AHV-Rente nicht dauerhaft finanzieren will, möchte das Rentenalter erhöhen.

Die Entscheidung des Ständerats zeugt von staats- und sozialpolitischer Verantwortung: Das klare Ja zur 13. AHV-Rente der Bevölkerung verlangt eine soziale und dauerhafte Finanzierung. Der Entscheid des Ständerats gewährleistet eine soziale und sozial ausgewogene Finanzierung. Der SGB wird sich dafür einsetzen, dass die unbefristete Mischfinanzierung auch im Nationalrat eine Mehrheit findet. Denn: Je schneller die 13. AHV-Rente finanziert wird, desto kleiner fällt der Zusatzaufwand aus.

Für die Arbeitnehmenden steht den kaum spürbaren höheren Lohnbeiträgen die höchste Rentenerhöhung in der AHV seit über 25 Jahren gegenüber. Auch für die Arbeitgeber sind höhere Lohnbeiträge problemlos tragbar: Wie der SGB mehrfach aufgezeigt hat, sind die Lohnbeiträge für die Arbeitgeber seit 2021 stark gesunken. Sie bezahlen jetzt sogar weniger Lohnbeiträge als vor 15 Jahren.



Das Parlament zwingt linke Kantons- und Stadtregierungen zur Transparenz über die Ausländerkriminalität

- Künftig müssen Strafverfolgungsbehörden in der Schweiz grundsätzlich die Nationalität von Tätern in ihren Polizeimeldungen nennen. Damit gilt künftig eine einheitliche, schweizweite Regelung für die Kommunikation der Polizei. Die neuen Vorgaben verpflichten die Strafverfolger dazu, in ihren Meldungen standardmässig folgende Informationen zu Tätern, Tatverdächtigen und auch Opfern anzugeben: Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit.
- Die bisherige Praxis in einigen Kantonen wurde von den Befürwortern als politisch motivierte Faktenzensur kritisiert, die nun beendet werde.
- Nachdem bereits der Nationalrat zugestimmt hatte, hat nun auch der Ständerat eine entsprechende Regelung beschlossen. Ausgelöst wurde diese Neuerung durch eine parlamentarische Initiative des Zürcher SVP-Nationalrats Benjamin Fischer.

Schwere Gewalt nimmt weiter zu

Organisiertes Verbrechen und afghanische Straftäter bereiten

ogy / to. Die Kriminalität in der Schweiz ist 2025 gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Gemäss polizeilicher Kriminalstatistik wurden 554 963 Straftaten registriert, 1,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Vor allem Vermögensdelikte gingen zurück (-3,5 Prozent). Pro 1000 Einwohner entspricht dies 61 Straftaten, gegenüber 72 im Jahr 2009.

nicht mehr. Versuchte Tötungen nahmen um 18 Prozent zu. Auch die Zahl von Vergewaltigungen stieg um 29,1 Prozent. Ein grosser Teil dieser Delikte ereignete sich im privaten Umfeld. 43,8 Prozent der Gewalttaten wurden 2025 im häuslichen Bereich verübt (2020: 42,4 Prozent). Von den Tötungsdelikten geschahen 61,8 Prozent innerhalb von Partnerschaft oder Familie. Insgesamt wurden 32 Frauen getötet. Bei Taten im häuslichen Kontext lag der Anteil der weiblichen Opfer bei 74 Prozent.

«Ausländische Täter sind überproportional vertreten»

Kriminologin Nora Markwalder über die zunehmende Gewalt gegen Frauen



Polizeiliche Kriminalstatistik

Die Schweiz hat ein Problem mit importierter Gewalt

SEBASTIAN BRIELLMANN

Es ist die jährliche Wiederholung des Schreckens. Im März, wenn jeweils die polizeiliche Kriminalstatistik erscheint, zeigen die Fakten einen bedrückenden Istbestand. Die Gewalt nimmt zu. Rund 50 000 Taten wurden auch im vergangenen Jahr wieder registriert haben zugenommen.

Bedenklich ist dabei, mit der Experten Realität verschleiern. In der Medienmitteilung stahle als digitale Stri um einen Alterswelsb Dirk Baier, der wohl Analyse der Kriminal von CH Media, dass delikte nicht beunruhigend. Man fragt sich, wien will, was offensiv ein Problem mit Kriminalität: mit Ausländerkriminalität. Stri nur rund 40 Prozent. Noch stellen sie aber nicht dieses Landes. Be haben 56 Prozent der delikten Pass. Letztes, wesen. Bei schwerer:

bei versuchten Tötungsdelikten sogar 67 Prozent. Auch bei sogenannten Femiziden haben Untersuchungen gezeigt: Pro 100 000 Einwohner werden ausländische Männer dreimal häufiger einer Tat verdächtigt als Schweizer.

Dabei muss berücksichtigt werden: Niedergelassene Ausländer, die rund einen Viertel der Schweizerinnen und Schweizer ausmachen.

Schwere Gewaltstraftaten nahmen 2025 zu

Kriminalstatistik des Bundes Diebstähle und Cyberkriminalität sind in der Schweiz erstmals seit Jahren leicht rückläufig. Dafür wurden im letzten Jahr wiederum mehr Gewaltstraftaten im häuslichen Bereich registriert.

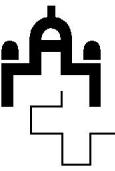
Quentin Schlapbach

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat gestern die Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2025 veröffentlicht. Darin erfasst werden alle Straftaten aus allen 26 Kantonen, die der Polizei bekannt sind. Die Statistik gibt somit einen guten Überblick, wie sich das Verbrechen in der Schweiz entwickelt hat. Hier sind die wichtigsten Erkenntnisse:

— Mehr Tötungsdelikte – vor allem im häuslichen Bereich In den Medien wurde 2025 gleich mehrmals über Fälle berichtet, bei denen Männer ihre Ehefrauen umgebracht haben. Diese Häufung an sogenannten Femiziden spiegelt sich auch in der Kriminalitätsstatistik wider. Die Zahl der vollendeten Tötungsdelikte im häuslichen Bereich nahm zu, von 26 auf 34. Damit findet deutlich über die Hälfte der Tötungen in der Schweiz in diesem Bereich statt (34 von 55). Im häuslichen Bereich wurden auch mehr einfache Körperverletzungen (+15 Prozent),



gehalten wird, um eine kleine Gruppe von Tätern. Eine Ecoplan-Studie, die für die «Aregie 2027» vom Bund in Auftrag gegeben hält unmissverständlich fest: Bei der «Pr gruppe» handelt es sich um Asylsuchende aus Maghreb. 60 Prozent werden einer Straftat digt. Alles Einzelfälle?



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/19):

Migration und Asyl I

Keine Landesverweisung bei Delikten im häuslichen Bereich

- Ständerätin Esther Friedli (25.4637) und eine gleichlautende Fraktionsmotion (25.4619) verlangen, dass künftig sämtliche Officialdelikte im häuslichen Bereich – insbesondere Gewalt-, Sexual- und Freiheitsdelikte gegenüber Kindern, Ehegatten und Lebenspartnern – eine obligatorische Landesverweisung nach sich ziehen, eingereicht. Im Nationalrat ist die Fraktionsmotion mit 122 zu 67 (alle SVP) bei einer Enthaltung abgelehnt worden. Im Ständerat wird das Geschäft nochmals in der Kommission geprüft.

Weiterhin öffentliche Gelder für Illegale

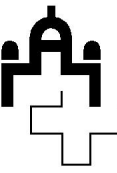
- Mit einer Motion (25.4647) wollte Ständerat Marco Chiesa (SVP/TI) Fehlanreize beseitigen und verhindern, dass die Schweiz illegale Migranten mit öffentlichen Geldern unterstützt. Denn unsere hohen Sozial- und Gesundheitsleistungen führen weltweit zu einer unerwünschten Sogwirkung. Zukünftig sollten einzig die Ausreisekosten von den Steuerzahlern getragen werden. Die Motion wurde vom Ständerat mit 24 zu 12 Stimmen abgelehnt und ist somit erledigt.

Keine Verschärfung der Asylregeln für Straffällige

- Mit einer Motion (24.3431) von Nationalrat Michael Buffat (SVP/VD) sollte Kriminellen der Zugang zu unserem Asylwesen verwehrt werden. Der Nationalrat hat diesem Ansinnen in der Sommer-session 2025 noch zugestimmt. Der Ständerat hat diesem Vorhaben nun jedoch – entgegen der Stimmen der SVP – mit 23 zu 14 Stimmen bei zwei Enthaltungen endgültig eine Absage erteilt.

Kein Bonus-Malus-System für Kantone

- Die Motion (24.3609) von Nationalrat Mike Egger (SVP/SG) sieht ein finanzielles Bonus-Malus-System für die Kantone im Bereich der Ausschaffung von abgewiesenen Asylbewerbern vor. Der Ständerat hat die Motion mit 21 zu 19 Stimmen bei einer Enthaltung knapp abgelehnt, womit diese erledigt ist.



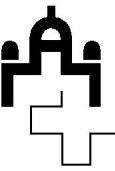
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/19): Migration und Asyl II / Sicherheit

**Abgewiesene
Asylbewerber
erhalten
weiterhin nach
fünf Jahren
Aufenthalts-
bewilligung**

**Verlängerung
Vorläufige
Festnahme ist
auf 48 Stunden**

**Demo-
Veranstalter
werden zur
Kasse gebeten**

- Die Motion (25.3689) von Ständerat Jakob Stark (SVP/TG) fordert, dass ein Gesuch für eine Aufenthaltsbewilligung von vorläufig aufgenommenen Personen, Personen mit einem Ausweis N (Asylsuchende im laufenden Verfahren) oder ohne Ausweis frühestens nach 10 Jahren möglich ist.. Der Nationalrat hat die im Ständerat bereits angenommene Motion mit 122 (63 SVP) zu 69 Stimmen abgeändert. Er war der Auffassung, dass für vorläufig Aufgenommene die Frist von fünf Jahren bestehen bleiben soll, um die Motivation für eine Integration nicht zu schmälern. Für Personen mit Ausweis N soll die Frist auf acht Jahre erhöht werden, um Verfahrensverzögerungen unattraktiver zu machen. Der Ständerat entscheidet nun, ob er dem Nationalrat bei dieser Motionsänderung folgt.
- Der Ständerat hat mit 32 zu 12 Stimmen eine Motion (25.4593) angenommen, welche die Strafprozessordnung dahingehend ändern will, dass eine Entlassung oder Zuführung in jedem Fall spätestens erst nach 48 statt bereits nach 24 Stunden erfolgt. Ausschlaggebend für die Motion waren die eskalierten Pro-Palästina-Kundgebungen in Bern – leider kein Einzelfall. Gleichzeitig hat auch der Nationalrat eine gleichlautende Motion (25.4581) mit 116 (davon 62 SVP) zu 72 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.
- Ganz im Sinne der SVP hat der Ständerat mit 29 zu 15 Stimmen eine Motion (25.4774) angenommen, die eine bundesrechtliche Grundlage schaffen soll, damit die Veranstalter von Demonstrationen die Sicherheits- und Interventionskosten ganz oder teilweise tragen müssen. Und der Nationalrat hat ebenfalls eine gleichlautende Motion (25.4867) angenommen, mit 119 (davon 59 SVP) zu 64 Stimmen bei 5 Enthaltungen.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/19): Sicherheitspolitik

**Weitere
Verlängerung des
Kosovo-
Einsatzes der
Armee**

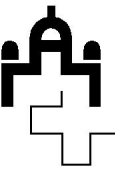
- Seit 1999 ist die Schweizer Armee Teil des NATO-geführten Militärkontingents im Kosovo. Das aktuelle Mandat sollte Ende 2026 auslaufen. Nun beantragt der Bundesrat, das Mandat bis 2029 zu verlängern und das Kontingent im Bedarfsfall um 30 Soldaten auf insgesamt 245 Soldaten zu verstärken. Für diesen Einsatz werden jährlich 48,5 Millionen Franken aus dem ordentlichen Armeebudget aufgewendet. Der Ständerat stimmte der Verlängerung des Mandats bis 2029 am 10. März mit 37 zu 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu. Die Vorlage (25.093) geht nun in den Nationalrat.

**Auch
französisch-
schweizerische
Doppelbürger
sollen
Militärdienst
leisten**

- Der Ständerat hat beschlossen, dass der Bundesrat der Regierung der Französischen Republik mitteilen muss, dass die Teilnahme der französisch-schweizerischen Doppelbürger an einer «Journée défense et citoyenneté» (Tag der Verteidigung und der Staatsbürgerschaft) nicht länger als Ersatzleistung im Sinne von Artikel 5 des Militärgesetzes und im Sinne des Abkommens zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik betreffend den Militärdienst der Doppelbürger vom 16. November 1995 anerkannt wird. Aufgrund einer Differenz geht diese Motion (25.3037) nun zurück in den Nationalrat.

**Abkommen mit
der EU im
Bereich
Sicherheit und
Verteidigung**

- Alle Parteien ausser die SVP sollen den Bundesrat mit einer Motion (25.3529) beauftragen, mit der EU Gespräche über die Aufnahme von Verhandlungen für ein Abkommen zu einer Partnerschaft im Bereich Sicherheit und Verteidigung zu führen. Gestützt auf die Ergebnisse dieser Sondierungen soll der Bundesrat ein entsprechendes Verhandlungsmandat ausarbeiten und dieses den Sicherheitspolitischen sowie Aussenpolitischen Kommissionen vorlegen.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/19): Staatspolitik

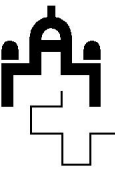
**Zentrales
nationales
Adressen-
Register**

**Nein zu
Pilotbetrieb für E-
Collecting**

**Braucht die
Verfassung einen
Digitalisierungs-
artikel?**

**Keine Anpassung
des Sessions-
rythmus**

- Das Parlament hat in der Schlussabstimmung einer zentralisierten, nationalen Adressen-Datenbank, in welcher die Wohnadressen aller natürlicher Personen der ganzen Schweiz hinterlegt sind, zugestimmt (23.039). Die SVP hat sich gegen dieses Vorhaben zur Wehr gesetzt, weil erstens keine Verfassungsgrundlage vorhanden ist, weil zweitens der Föderalismus verletzt wird und weil drittens zentralisierte Datenbanken als „Single Points of Failure“ erhebliche Risiken für den Datendiebstahl bergen.
- Mehrere gleichlautende Motionen (24.3907; 24.3908; 24.3909; 24.3910; 24.3911; 24.3912) fordern den Bundesrat auf, ein Pilotprojekt für E-Collecting auf Basis der E-ID zu starten. Die SVP lehnt dies ab, da die direkte Demokratie nicht zu einer «Klick-Demokratie» verkommen darf. Der Ständerat hat die Motionen oppositionslos abgelehnt. Das Thema wird jedoch im Rahmen der laufenden Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte weiterverfolgt.
- Der Ständerat verlangt mit einer Motion (26.3005), dass der Bundesrat dem Parlament Botschaft und Entwurf für einen Digitalisierungsartikel in der Bundesverfassung vorlegt. Der Bundesrat soll diesen Entwurf unter Einbezug der Kantone entwickeln und dabei die Grundprinzipien der von Bund und Kantonen getragenen "Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)" beachten. Die Motion kommt nun in den Nationalrat.
- In einer Motion (25.4909) forderten die Grünen, statt vier dreiwöchiger Sessionen im Jahr neu jeden Monat eine einwöchige Session einzuberufen. Der Nationalrat lehnte die Motion mit 114 (64 SVP) zu 69 Stimmen und 8 Enthaltungen ab. Die Motion ist somit erledigt.



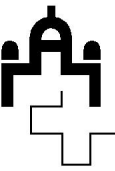
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/19): Aussenpolitik

**Initiative zur
Reform der
Europäischen
Menschen-
rechtskonvention**

- Die Rechtsprechung des EGMR schränkt die nationalen Handlungsspielräume zunehmend ein, insbesondere beim Umgang mit kriminellen Migranten. Der Schutz der Bevölkerung und das Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit müssen Vorrang haben vor individuellen Rechten straffälliger Ausländer. Der Nationalrat mit 105 zu 84 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Motion (25.3739) von Ständerat Hannes Germann (SVP) angenommen, die den Bundesrat auffordert, sich aktiv an einer Reform der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zu beteiligen. Es darf nicht sein, dass internationale Gerichte die direkte Demokratie aushebeln. Nach der Annahme der Motion in beiden Räten, muss der Bundesrat diese nun umsetzen.

**Bericht über die
Auswirkungen
von Basel III auf
die Finanze-
rungskosten von
Schweizer KMU**

- Andere Staaten haben die Übernahme des «Basel III»-Regelwerks hinausgeschoben und gewisse Eigenkapitalanforderungen gelockert, während die Schweiz diese ohne Anpassungen anwendet. Vor diesem Hintergrund sind Schweizer Unternehmen, insbesondere KMU, gegenüber ihren internationalen Wettbewerbern benachteiligt. Der Ständerat hat daher mit 30 zu 11 Stimmen ein Postulat von Ständerätin Esther Friedli (SVP/SG) angenommen (25.4675). Dieses beauftragt den Bundesrat, einen Bericht über die Auswirkungen der Umsetzung von «Basel III» auf die Finanzierungskosten der Schweizer Unternehmen vorzulegen. Dabei soll der Fokus auf KMU liegen.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/19):

Werkplatz I

**Trinkgeld soll
steuerfrei bleiben**

- Der Ständerat will gesetzlich festschreiben, dass freiwillige Trinkgelder in typischen Branchen wie der Gastronomie nicht dem steuerbaren Einkommen zugerechnet werden. Mit 42 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung hat er eine entsprechende Motion angenommen (25.4578). Die Motion wurde notwendig, weil der Bundesrat angekündigt hatte, die Besteuerung von freiwilligen Trinkgeldern prüfen zu wollen. Aus Sicht der SVP ist dieser Entscheid zu begrüßen, da er die geleistete Arbeit anerkennt und unnötige neue Bürokratie verhindert. Der Vorstoss geht nun an den Nationalrat.

**Marktgerechte
Löhne beim
Bund**

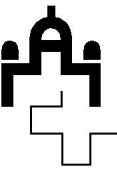
- Mit dieser Motion wird verlangt, dass die Löhne in der Bundesverwaltung marktgerechter ausgestaltet werden, damit der Bund der Privatwirtschaft bei der Rekrutierung nicht mit überdurchschnittlichen Bedingungen Konkurrenz macht. Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat die Motion (24.3780) in der Frühjahrsession 2026 angenommen.

**Ja zum
Freihandelsab-
kommen mit
Thailand**

- Der Ständerat ist dem Nationalrat gefolgt und hat den Entwurf des Freihandelsabkommens mit Thailand mit 40 zu 0 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen (25.066). Dieses Abkommen ist von grosser Bedeutung: Thailand ist der zweitwichtigste Handelspartner der Schweiz in Südostasien (7,4 Milliarden Franken, Edelmetalle eingeschlossen) und 99,7 % der Schweizer Ausfuhren werden erfasst.

**Ja zum
Freihandelsab-
kommen mit
Kosovo**

- Auch wenn das Freihandelsabkommen mit dem Kosovo mit einem Handelsvolumen von 137 Millionen Franken bescheiden ist, schliesst es eine wichtige Lücke. Bislang war das Kosovo das einzige Land in Südosteuropa, mit dem die Schweiz über kein solches Abkommen verfügte. In der Schlussabstimmung haben sowohl der Nationalrat als auch der Ständerat das Abkommen (25.070) einstimmig gutgeheissen.



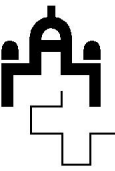
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/19):

Werkplatz II

Vorrang von
Mindestlöhnen in
GAV

Gesetzesrevision
verbessert
Position der
Schuldner
zulasten der
Gläubiger

- Mit dieser Vorlage (24.096) wird gesetzlich verankert, dass Mindestlöhne in allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen kantonalen Mindestlöhnen grundsätzlich vorgehen. Der Nationalrat hatte die Vorlage bereits in der Sommersession 2025 angenommen. Der Ständerat stimmte ihr in der Frühjahrsession 2026 ebenfalls mit 27 zu 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu. Das Geschäft geht nun wegen einer Differenz zurück in den Nationalrat.
- Mit 32 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen hat der Ständerat als Zweitrat eine Revision des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) gutgeheissen (25.019). Die Nein-Stimmen kamen von Vertretern der SVP, der FDP und der Mitte. Die Vorlage sieht vor, dass überschuldete Privatpersonen nach einem dreijährigen Verfahren von ihren restlichen Schulden befreit werden können. Die SVP lehnte die Vorlage ab. Der vorgeschlagene Mechanismus geht vor allem zu Lasten der Gläubiger, die auf ihren berechtigten Forderungen sitzen bleiben werden. Der Nationalrat hatte die Vorlage bereits in der Wintersession 2025 gutgeheissen. Aufgrund einiger Differenzen geht die Vorlage nun zurück an den Nationalrat.



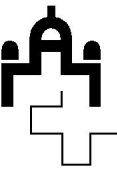
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/19): Sozialversicherungspolitik

Arbeitslosengelder und Kurzarbeitsentschädigung für Unternehmer in arbeitgeberähnlicher Position

Weiterarbeit nach Erreichen des AHV-Rentenalters

Fehlanreize im Asylwesen nicht beseitigt

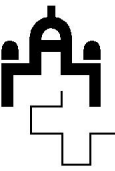
- Mit einem Gesetzesprojekt (20.406) sollen Unternehmer in arbeitgeberähnlicher Position sofort Arbeitslosengelder und Kurzarbeitsentschädigung zugesprochen werden. Für den Bezug von Arbeitslosenentschädigung sollen unterschiedliche Voraussetzungen gelten, je nachdem ob sich der Betrieb in Liquidation befindet oder nicht. Die SVP hat sich – wie auch der Bundesrat – wegen des hohen Missbrauchspotenzials dagegen ausgesprochen. Arbeitgeberähnliche Personen können nämlich sowohl ihre eigene Arbeit als auch den Lohn und die betriebliche Situation beeinflussen. Dadurch besteht die Gefahr, dass Unternehmerrisiken, wie beispielsweise Auftragslosigkeit, dem Versicherungskollektiv aufgebürdet werden. Eine Kontrolle durch die Behörden, ob die sogenannte Arbeitslosigkeit unverschuldet ist, ist kaum möglich. Der Ständerat hat der Vorlage mit 27 zu 12 Stimmen bei drei Enthaltungen zugestimmt. Das Geschäft geht zurück in den Nationalrat.
- Sowohl der Ständerat als auch der Nationalrat haben einer Motion (25.3424) zugestimmt, mit folgenden Massnahmen in der nächsten AHV-Revision die Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters zu fördern: (1) Zuschläge auf den Rentenbetrag bei Aufschub der Rente erhöhen und (2) den heutigen Kürzungssatz der Altersrente beim Rentenvorbezug von 6,8 Prozent pro Jahr beibehalten oder erhöhen.
- Eine SVP-Motion (25.3742) forderte, dass die Sozialhilfebeträge für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Personen mit Schutzstatus S stets tiefer ausfallen sollten als für regulär Zugewanderte oder Schweizer. Der Nationalrat ist dem Ständerat jedoch nicht gefolgt und hat die Motion mit 126 zu 64 Stimmen (63 SVP) abgelehnt. Damit ist das Geschäft erledigt.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/19): Gesundheitspolitik I

Gebühr für Bagatellfälle in der Spital- notfallaufnahme

- Der Nationalrat hat eine neue Massnahme zur Dämpfung der Gesundheitskosten beschlossen: Wer künftig die Notfallstation eines Spitals aufsucht, soll einen Selbstbehalt von 50 Franken bezahlen, wenn der jeweilige Kanton dies vorsieht. Nach fast neun Jahren politischer Diskussion wurde diese Vorlage mit einer knappen Mehrheit von 96 zu 91 Stimmen angenommen. Die Stimmen der SVP waren dabei entscheidend. Immer mehr Menschen suchen selbst bei leichteren Beschwerden direkt die Notaufnahme eines Spitals auf, anstatt zuerst eine Arztpraxis oder eine Apotheke zu kontaktieren - darunter viele Ausländerinnen und Ausländer. Das Problem: Die Behandlung in einer Notaufnahme ist deutlich teurer. Die Kosten dort sind rund doppelt so hoch wie bei einer normalen Konsultation beim Hausarzt. Angesichts der ohnehin stark steigenden Gesundheitskosten und der damit verbundenen höheren Krankenkassenprämien besteht Handlungsbedarf. Die 50-Franken-Gebühr soll als Anreiz dienen, Spitalnotfälle nur dann aufzusuchen, wenn es wirklich nötig ist. Als Nächstes muss der Ständerat über die Vorlage (17.480) entscheiden.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (10/19): Gesundheitspolitik II

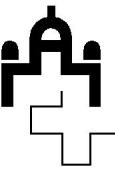
Schluss mit
Gefälligkeits-
zeugnissen

Parallelimporte
von Generika

Digitale Rezepte
und
Medikationspläne

Alternativen zur
Lebensmittel-
pyramide

- Täglich sind über 100'000 Personen in der Schweiz krankgeschrieben. Für die Wirtschaft sind genaue Arztzeugnisse und Berichte wichtig, um die Restarbeitsfähigkeiten zu erkennen. Zu diesem Zweck soll die ärztliche Schweigepflicht punktuell eingeschränkt werden. Dadurch wird der Missbrauch reduziert. Der Nationalrat hat die Motion (26.3002) mit 123 (63 SVP) zu 60 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.
- Eine Motion (25.4501) fordert, die Krankenkassenprämien durch Parallelimporte von Generika zu entlasten. Der Ständerat hat die Motion mit 26 zu 15 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen, da Generika in der Schweiz bis zu zehnmal teurer sind als im Ausland. Die Motion geht nun in die zuständige Kommission des Nationalrats.
- Der Nationalrat will eine Pflicht für die elektronische Verschreibung und Einlösung von Arztrezepten. Der elektronische Medikationsplan soll eine Liste der einzunehmenden Arzneimittel und Informationen über deren Anwendung enthalten. Das Schweizer Gesundheitswesen soll damit einen weiteren Schritt in Richtung Digitalisierung machen. Der Rat nahm eine entsprechende Revision des Heilmittelgesetzes (25.074) mit 128 gegen 62 Stimmen bei einer Enthaltung an. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.
- Die 2024 aktualisierte Ernährungsempfehlung des Bundesrates nimmt auf die traditionellen Essgewohnheiten der Schweiz zu wenig Rücksicht. Der Bundesrat soll nun prüfen, ob die Lebensmittelpyramide nicht überholt ist. Der Nationalrat hat sich deshalb mit 118 zu 55 Stimmen bei 13 Enthaltungen für eine breitere Auslegeordnung in der Ernährungsempfehlung entschieden. Die Motion (25.3212) geht nun in den Ständerat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (11/19): Rechtsfragen I

Lex Crans-Montana

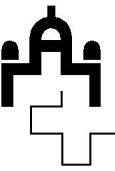
- Die SVP-Fraktion lehnte die Vorlage des Bundesrates (26.022) zur Ausrichtung von Solidaritätsbeiträgen und zur Mitfinanzierung von aussergerichtlichen Vergleichen im Fall der Brandkatastrophe von Crans-Montana aus staatspolitischen Gründen ab. Wie Nationalrat Manfred Bühler (SVP/BE) im Plenum darlegte, würde ein solches Sondergesetz eine ungerechte Ungleichbehandlung gegenüber Opfern anderer Katastrophen schaffen. Zudem wird das Subsidiaritätsprinzip verletzt. Die Verantwortung liegt bei der Gemeinde und dem Kanton Wallis, nicht beim Bund. In der Schweiz gibt es ein hochentwickeltes System aus Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungen sowie das Opferhilfegesetz, das primär greifen muss. Anlässlich der Schlussabstimmung wurde die Vorlage mit 107 zu 76 (davon 59 SVP) Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen und im Ständerat mit 28 zu 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Geschlechtsspezifische Gewalt

- Der Nationalrat hat mit 110 zu 76 (61 SVP) Stimmen eine Motion (25.4224) angenommen, dass Frauen, die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt geworden sind und sich rechtswidrig in der Schweiz aufhalten, eine Strafanzeige einreichen oder sich an Strafbehörden wenden können, ohne dass diese verpflichtet sind, den Straftatbestand des illegalen Aufenthalts zur Anzeige zu bringen. Die Motion geht nun in den Ständerat.

Umwandlung von Bussen in Ersatzfreiheitsstrafen

- Eine Motion (25.3638) verlangte eine Gesetzesänderung, die das Strafrecht bei Bagatelldelikten «entlastet», indem Übertretungsbussen von bis zu 5'000 Franken künftig nicht mehr in Ersatzfreiheitsstrafen umgewandelt werden können. Der Nationalrat hat diese mit 115 (62 SVP) zu 61 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Das Geschäft ist somit vom Tisch.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (12/19): Rechtsfragen II

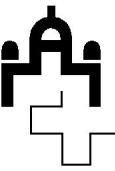
**2 Jahre längere
„lebenslange“
Freiheitsstrafe**

**Mord soll nicht
mehr verjähren**

**Ausländische
Mehrfachtäter**

**Teilrevision des
Bundesgerichts-
gesetzes**

- Wer zu einer „lebenslangen“ Freiheitsstrafe verurteilt wurde, muss künftig mindestens 17 (statt wie bisher 15) Jahre davon absitzen. Diese Verschärfung gilt auch für einen Teil der nach heutigem Recht Verurteilten. Die Vorlage (25.027) wurde anlässlich der Schlussabstimmung im Nationalrat mit 131 (65 SVP) zu 63 Stimmen angenommen und im Ständerat mit 41 zu 1 Stimme bei 2 Enthaltungen.
- Mord soll gemäss Nationalrat und Ständerat nicht mehr verjähren. Der Rat nahm den SVP-Antrag mit 109 zu 73 Stimmen bei 9 Enthaltungen deutlich an. «Detaillierte DNA-Proben ermöglichen es, Schwerstverbrechen auch nach langer Zeit aufzuklären», sagte SVP-Sprecher Mauro Tuena (ZH). Das Parlament stehe in der Verantwortung gegenüber den Angehörigen der Opfer. Weiter beschloss der Nationalrat, die Verjährungsfristen für andere schwere Straftaten zu erhöhen, darunter namentlich für vorsätzliche Tötung von 15 auf 30 Jahre. Damit soll für diese Straftat dieselbe Verjährungsfrist gelten wie heute für Mord. Die Vorlage geht nun zurück an den Ständerat.
- Zwei gleichlautende Motionen (25.4711; 25.4640) fordern den Bundesrat auf, die Strafprozessordnung so anzupassen, dass Strafverfahren bei Serieldelikten von Personen ohne festen Wohnsitz in der Schweiz einfacher bei der örtlich zuständigen Staatsanwaltschaft durchgeführt werden können. Nationalrat und Ständerat stimmten den Motionen oppositionslos zu.
- Der Ständerat will die politisch mehrheitsfähigen Aspekte der gescheiterten Revision des Bundesgerichtsgesetzes aus dem Jahr 2018 umsetzen. Ziel ist es, die Rechtslage zu verbessern und somit die Rechtssicherheit zu stärken. Er hat der einer entsprechenden Vorlage einstimmig zugestimmt. Das Geschäft (25.088) geht nun in den Nationalrat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (13/19): Rechtsfragen III

Erneute Revision des Namensrechts

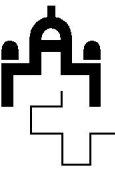
- 2013 beschloss das Parlament gegen den Willen der SVP die Abschaffung der amtlichen Doppelnamen bei der Heirat, um die Gleichstellung zu fördern. Die Reform führte allerdings dazu, dass weiterhin die Mehrheit den Namen des Mannes annahm. Nach einer mehrjährigen Debatte haben sich die Räte nun auf die Wiedereinführung von Doppelnamen für die Ehepartner, nicht aber für Kinder, geeinigt. Die Kinder erhalten einen Namen der Eltern (sog. „Familiennamen“), den diese zuvor bestimmt haben. Neu sollen auch aus einer früheren Ehe erworbene Namen an (neue) Ehepartner weitergegeben werden können, was durch die SVP bekämpft wurde. Die Vorlage (17.523) wurde an der Schlussabstimmung im Nationalrat mit 189 (davon 62 SVP) zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen und im Ständerat mit 41 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung.

Erleichterte Stiefkind- adoption

- Der Nationalrat nahm den Gesetzesentwurf für die erleichterte Stiefkindadoption mit 121 zu 55 Stimmen (alle SVP) bei 4 Enthaltungen an. Opposition kam von Seiten der SVP. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen sind eine Folge der im Herbst 2021 vom Volk angenommenen «Ehe für alle» und sollen gleichgeschlechtliche Paare heterosexuellen Partnerschaften gleichstellen. Das Geschäft (25.073) geht nun in den Ständerat.

Kein Verbot von internationalen Adoptionen

- Die Motion (25.3430) beauftragt den Bundesrat, seinen Grundsatzentscheid, internationale Adoptionen zu verbieten, umgehend zu revidieren und einen Rechtsrahmen zu schaffen, der internationale Adoptionen in der Schweiz weiterhin ermöglicht, gleichzeitig jedoch die Kontrollmechanismen und die Transparenz erhöht, um das Missbrauchsrisiko zu senken. Beide Räte haben die Motion im Grundsatz angenommen. Aufgrund einer Differenz geht die Motion nochmals zurück in den Ständerat.

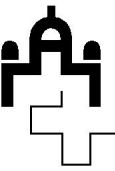


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (14/19): Landwirtschaft I

**Ernährungs-
initiative wird
von beiden Räten
zur Ablehnung
empfohlen**

**Praxistaugliche
Wolfsregulierung**

- Im August 2024 reichte Franziska Herren und der Verein «Sauberes Wasser für alle» die Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)» ein (25.067). Der gleiche Initiativkreis hat 2018 bereits die Trinkwasserinitiative eingereicht. Diese hatte zu weiten Teilen deckungsgleiche Ziele. Zur Trinkwasserinitiative sagte das Stimmvolk 2021 mit über 60 Prozent klar Nein. Die neue Initiative verlangt einen Netto-Selbstversorgungsgrad von mindestens 70 Prozent durch:
 - Ausrichtung von Produktion und Konsum auf pflanzliche statt tierischer Lebensmittel;
 - Reduktion von Food Waste;
 - Sicherstellung von Biodiversität, Bodenfruchtbarkeit sowie samenfestem Saat- und Pflanzgut;
 - Förderung einer umwelt- und klimabewussten Land- und Ernährungswirtschaft.
- Sowohl der Nationalrat als auch der Ständerat haben die Ernährungsinitiative zur Ablehnung empfohlen. Voraussichtlich im Herbst entscheidet die Stimmbevölkerung.
- Die (25.4464) fordert, dass der Bundesrat die nötigen Rechtsgrundlagen schafft, um Wölfe oder Wolfsrudel effektiver regulieren zu können, sobald deren Population einen gemeinsam mit den Kantonen festgelegten Schwellenwert überschreitet. Dies wird mit dem starken Anstieg des Wolfsbestands auf über 300 Tiere in mehr als 30 Rudeln sowie den zunehmenden Belastungen für die Berglandwirtschaft begründet. Der Ständerat hat die Motion oppositionslos angenommen, womit das Geschäft nun an den Nationalrat geht. Die SVP begrüsst diesen Entscheid, da damit der Schutz der Alpwirtschaft gestärkt und die Wolfsregulierung praxistauglicher ausgestaltet werden soll.



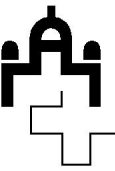
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (15/19): Landwirtschaft II

**Foie Gras:
Mehrheit des
Nationalrats sagt
Nein zum
Importverbot
und Ja zur
Deklarations-
pflicht**

- Die Volksinitiative «Ja zum Importverbot für Stopfleber» verlangt ein Importverbot für Stopfleber (Foie Gras) und daraus hergestellten Produkte (24.089). Der Nationalrat lehnte dieses Begehren in der Frühjahrssession 2026 mit 105 (56 SVP) zu 58 (3 SVP) Stimmen bei 21 (4 SVP) Enthaltungen ab. Gleichzeitig nahm er den indirekten Gegenentwurf der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates mit 96 (5 SVP) zu 76 (53 SVP) Stimmen bei 12 (5 SVP) Enthaltungen an (25.404). Dieser verzichtet auf ein Importverbot und setzt stattdessen auf eine Deklarationspflicht sowie die Beobachtung gewerbsmässiger Importe von Stopfleber, Magret und Confit. Falls diese Importe innerhalb von fünf Jahren nicht zurückgehen, sollen weitere Massnahmen des Bundesrates ergriffen werden. Aus Sicht der SVP ist die Ablehnung der Initiative richtig. Auch der Gegenvorschlag ist unnötig, da er neue Regulierung schafft und den staatlichen Eingriff weiter ausbaut.

**Bauern sollen in
der Nähe ihrer
Höfe wohnen
dürfen**

- Die Motion (24.3082) von Nicolas Kolly (SVP/FR) verlangt eine Änderung des Raumplanungsgesetzes (RPG), um es Landwirten und ihren Familien zu ermöglichen, in der Nähe des eigenen Hofes zu wohnen. Derzeit können kantonale Vorschriften die Nutzung der Bauzone einschränken. Das veranlasst einige dazu, in der Nähe zu bauen, wodurch gewisse Höfe ohne ständige Präsenz vor Ort bleiben. Der Nationalrat hat die Motion mit 95 Stimmen (63 VP) bei 86 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen unterstützt. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (16/19): Verkehrspolitik

**Durchfahrts-
abgabe für den
Transitverkehr**

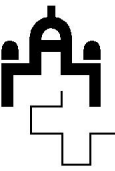
- Die Nationalstrassen stossen an ihre Kapazitätsgrenzen. Während Schweizerinnen und Schweizer im Stau stehen und unter dem Ausweichverkehr in den Dörfern leiden, verstopfen Transitreisende unsere Strassen. Mit der Autobahnvignette zahlen sie nur einen Bruchteil dessen, was vergleichbare Strecken an Mautgebühren im umliegenden Ausland kosten würden. Eine Motion (25.3744), die eine verkehrsabhängige Durchfahrtsabgabe für den Transitverkehr fordert, wurde in beiden Räten angenommen. Der Bundesrat muss nun dem Parlament eine Verfassungsgrundlage vorlegen.

**Ab 2031:
Schwerverkehrs-
abgabe (LSVA)
für Elektro-
Lastwagen**

- Mit 131 zu 60 Stimmen hat der Nationalrat in einer Vorlage beschlossen, dass künftig auch Elektro-Lastwagen die Schwerverkehrsabgabe (LSVA) bezahlen müssen. Die Abgabe für E-Lastwagen wird nun erst ab 2031 fällig, nicht schon 2029. Zudem wird der Bund in der Einführungszeit zu Rabatten verpflichtet. Das schafft Planungssicherheit. Ärgerlich ist, dass ein Antrag von Nationalrat Thomas Hurter (SVP/SH), der technologieoffen auch Rabatte für Lastwagen mit Biogas oder E-Fuels forderte, abgelehnt wurde. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

**Weniger schwere
Güterfahrzeuge
durchqueren die
Alpen**

- Der Verlagerungsbericht des Bundesrates (26.019) zeigt deutlich auf: Die Zahl der schweren Güterfahrzeuge durch die Alpen nimmt wieder zu. Zwischen 2022 und 2024 stieg sie um 3,5 Prozent auf nun 960000 Fahrten. Zwar ist das im Vergleich zum Jahr 2000 noch immer ein Rückgang von fast einem Drittel, doch das gesetzliche Ziel von maximal 650000 Fahrten wurde nicht erreicht. Für die SVP unterstreichen diese Zahlen, dass der Strassentransport als verlässlicher Pfeiler für die Schweizer Wirtschaft unverzichtbar bleibt. Die Fraktion hat den Bericht entsprechend zur Kenntnis genommen.



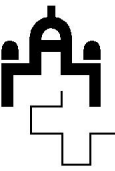
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (17/19): Energie- und Umweltpolitik

**Keine
Verlängerung des
Rettungsschirms
für die
Strombranche**

- Mit dieser Vorlage wollte der Bundesrat den bis Ende 2026 befristeten Rettungsschirm für systemkritische Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft – wie namentlich die Axpo – bis Ende 2031 verlängern und den Verpflichtungskredit für allfällige Darlehen auf sieben Milliarden Franken festlegen (25.094). In der Frühjahrssession 2026 trat der Nationalrat mit 94 (61 SVP) zu 84 Stimmen bei 5 (1 SVP) Enthaltungen nicht auf die Vorlage ein. Aus Sicht der SVP ist dieser Entscheid richtig, da es nicht Aufgabe des Bundes ist, für Liquiditätsrisiken grosser Stromkonzerne einzustehen – zumal diese und ihre Eigentümer – dies sind insbesondere die Kantone – seit der Energiekrise 2022 genügend Zeit hatten, um selbst Vorkehrungen zu treffen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

**Neue Bundes-
kompetenz für
Unterstützungs-
leistungen bei
Naturkatastro-
phen**

- Der Ständerat will den Bundesrat beauftragen, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, damit der Bund bei Naturkatastrophen künftig direkt aus dem allgemeinen Bundeshaushalt Sofortmassnahmen, Nothilfen und Wiederinstandstellungen mitfinanzieren kann. Der Ständerat nahm die Motion (25.4416) in der Frühjahrssession 2026 mit 20 zu 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen an. Er will somit nicht auf den Bericht des Bundesrates zum bereits überwiesenen Postulat 25.3669 über mögliche Lücken bei der Katastrophenhilfe warten. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (18/19): Telekommunikationspolitik

**Schutz vor
Telefon- und
Internetbetrügern**

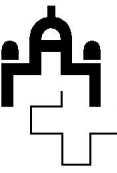
- Der Ständerat hat drei Motionen (24.4391; 24.4392; 24.4393) gegen die missbräuchliche Nutzung von Schweizer Rufnummern und Internet-Domains ohne Gegenantrag angenommen. Künftig sollen die Telekommunikationsanbieter gesetzlich verpflichtet werden, aktiv technische Massnahmen zu ergreifen, um betrügerische Anrufe mit gefälschten Nummern frühzeitig zu erkennen und missbräuchliche Schweizer Internet-Domains zu blockieren.

**Aufbau einer
neuen Mobilitäts-
datenbank**

- Der Nationalrat hat das neue Bundesgesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur (25.049) mit 117 zu 54 Stimmen (alle SVP) bei zwei Enthaltungen angenommen. Mit dieser Vorlage möchte der Bund eine zentrale nationale Infrastruktur für den Austausch von Mobilitätsdaten aufbauen und betreiben. In den ersten Jahren soll diese Plattform mit zweistelligen Millionenbeträgen aus dem Bahn- und dem Strassenfonds finanziert werden. Dafür müssten zudem neue Stellen beim Bund geschaffen werden. Das Geschäft geht zur weiteren Beratung an den Ständerat.

**Berücksichti-
gung von Privat-
firmen bei der
SRG-
Auftragsvergabe**

- Der Ständerat hat eine Änderung des Radio- und Fernsehgesetzes (22.415) mit 39 zu 0 Stimmen angenommen, nachdem der Nationalrat zuvor bereits mit 181 zu 0 Stimmen deutlich zugestimmt hatte. Künftig kann in der SRG-Konzession ein verbindlicher Mindestanteil für Aufträge an die unabhängige Branche festgelegt werden. Die SVP-Fraktion hat diese Vorlage einstimmig unterstützt. Die Vorlage wurde anlässlich der Schlussabstimmung in beiden Räten einstimmig angenommen.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (19/19): Wohnungsmarkt

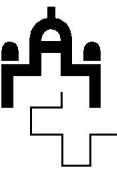
Mehr
Bundesmittel für
den
gemeinnützigen
Wohnungsbau
(I)

- Der Bundesrat ist der Auffassung, dass die Antwort auf die Herausforderungen der Zuwanderung und des Bevölkerungswachstums darin besteht, den gemeinnützigen Wohnungsbau (der rund 4 % des Wohnungsbestands ausmacht) zu stärken (25.077). Zu diesem Zweck schlägt er vor, die Mittel des Fonds de Roulement für die Jahre 2030 bis 2034 um 150 Millionen Franken pro Jahr zu erhöhen, um mehr Darlehen vergeben zu können. Der mit Bundesgeldern dotierte Fonds de Roulement besteht seit den 1920er-Jahren. Bauträger, deren Gemeinnützigkeit nach dem WFG erwiesen ist, können Darlehen für Neubauten, Erneuerungen, Liegenschafts- und Landkäufe beantragen. Der Nationalrat hat dem Antrag des Bundesrates mit 129 zu 62 Stimmen (alle SVP) bei einer Enthaltung zugestimmt. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Mehr
Bundesmittel für
den
gemeinnützigen
Wohnungsbau
(II)

- Der Bundesrat beantragt 1'920 Millionen Franken für einen Verpflichtungskredit für Eventualverpflichtungen, mit denen der Bund ab Mitte 2027 bis Mitte 2033 im Jahresdurchschnitt zwei bis vier Emissionen der Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger (EGW) im Gesamtbetrag von jährlich rund 250–350 Millionen Franken verbürgen kann (25.087). Der Nationalrat hat mit 130 zu 62 Stimmen (62 davon entstammen der SVP) bei einer Enthaltung der Vorlage zugestimmt. Sie geht nun in den Ständerat.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

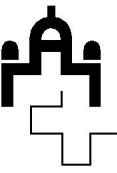
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Sommersession: 1. – 19. Juni 2026**
- **Herbstsession: 14. September – 2. Oktober 2026**
- **Wintersession: 30. November – 18. Dezember 2026**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

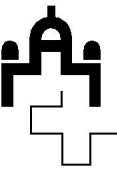
- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder zu zweit:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**



Abstimmungsvorlagen vom Sonntag, 14. Juni 2026

- Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!
(Nachhaltigkeitsinitiative)» **JA**
- Referendum Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst
(Zivildienstgesetz, ZDG) **JA**



In den nächsten zwei Jahren kommen zahlreiche wichtige Vorlagen vors Volk (NB: Zeitplan nicht bestätigt)

14. Juni 2026

- Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» (25.026)
- Referendum Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG) (25.033)

27. September 2026

- Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)» (25.067)
- Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» und direkter Gegenentwurf (24.092)

29. November 2026

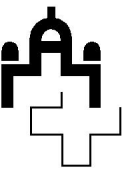
- Referendum Kriegsmaterialgesetz (25.024)
- Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» (25.018)
- Ev. Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (24.073)
- Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)» (25.059) – Indirekter Gegenentwurf tritt in Kraft, falls Volksinitiative abgelehnt wird
- Volksinitiative «Ja zum Importverbot für Stopfleber (Stopfleber-Initiative)» (24.089) – Indirekter Gegenentwurf tritt in Kraft, falls Volksinitiative abgelehnt wird
- Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk» (24.080) – Indirekter Gegenentwurf tritt in Kraft, falls Volksinitiative abgelehnt wird

28. Februar 2027

- Volksinitiative «Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative)» (25.081)
- Referendum indirekter Gegenvorschlag zur «Blackout-Initiative» (25.068)
- Referendum «Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (Anpassung der Hinterlassenenrenten)» (24.078)

6. Juni 2027

- Referendum Mercosur-Freihandelsabkommen
- Volksinitiative «Ja zur tierversuchsfreien Zukunft» (25.078)
- Volksinitiative «Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» (25.035)
- Eher unwahrscheinlich: Kompass-Initiative «Für eine direktdemokratische und wettbewerbsfähige Schweiz – keine EU-Passivmitgliedschaft»
- Eher unwahrscheinlich: EU-Unterwerfungsvertrag / Paket Schweiz-EU (26.023)
- Zudem: Obenstehend aufgeführte Vorlagen, bei denen es zu Verzögerungen bei der parlamentarischen Beratung kam.



Haben Sie Fragen?